

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

106 (10.9.1923)

Ersteinst
Montag, Mittwoch und
Freitag.

Bezugspreis:
Durch die Post bezogen und durch
den Briefträger u. andere Ausreiter
ohne Bestellgeld
1.—15. Sept. 300 000 Mk.
freibleibend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu
entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt be-
steht kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Geschäftszeit 8—6 Uhr, Sonntags
geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur Nr. 11.

Postfach-Konto
Karlsruhe Nr. 6903.

Der Landbote

Sinsheimer



Zeitung

Gründet
1839

General-Anzeiger für das

Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Nr. 106.

Montag, den 10. September 1923.

84. Jahrgang

Die neue deutsche Währung.

Endgültige Entscheidung in dieser Woche.

Berlin, 9. Sept. Die Schaffung der neuen Währung wird von den verschiedenen Interessentenkreisen stark bekämpft. Es finden gleichzeitig Beratungen im Reichswirtschaftsrat, im Kreise der Regierung und in freien Vereinigungen wirtschaftlicher Interessentenvertrittenen statt. Der Reichswirtschaftsrat der als das berufene Parlament der deutschen Wirtschaft einen besonderen Ausschuss für Währungsfragen gebildet hat, hat die Vorbereitungen so weit gefördert, daß ein Plan, dessen charakteristischer Grundzug die Ausgabe der neuen Goldwährung durch die Reichsbank ist, am Dienstag den erweiterten finanz- und wirtschaftspolitischen Ausschüssen vorgelegt wird. Unterdessen haben die industriellen und landwirtschaftlichen Interessentenkreise mit allem Nachdruck ein anderes Projekt lanciert, welches der Schwerindustrie gehörige Blätter heute bereits unberechtigtweise als die vollendete neue Währung hinstellen. Danach soll gestern in Besprechungen zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Organisationen eine Einigung erzielt worden sein, zunächst doch nach dem Projekt Dr. Helfferichs eine Roggennote gegründet auf den Preis der wichtigsten deutschen Getreidegattung, herauszubringen. Hierfür soll eine eigene Roggenwährungsbank geschaffen werden. Gleichzeitig soll die eigentliche Goldwährung durch Errichtung einer Goldnotenbank vorbereitet werden. An dieser soll jedoch der Staat keinen Teil haben und sie soll dem deutschen Reich nur einen einmaligen Kredit gewähren, ohne später Schatzwechsel des Reiches übernehmen zu dürfen. Der Helfferichsche Plan ist hier also verbunden mit dem Plan des Stinnes-Kreises, der vom Generaldirektor des Stinnes-Konzerns Friedrich Minnow, ausgearbeitet ist. Dieser Generaldirektor des industriellen Herführers Stinnes war bisher in seinen engeren Kreisen mit einem militärischen Ausdruck als die große Steuerabwehrkanone bekannt. Unter dem Pseudonym Friedrich Pilot hat er eine Broschüre „Deutschlands Not und Rettung“ geschrieben, in der er gewissermaßen als der Pilot des strandenden Reichsschiffes den Weg durch die Klippen des Unterganges über den Abbau der Zwangswirtschaft, die Verminderung des Beamtenums und die Aufgabe des Achtstundentages der Arbeiter zu Gunsten einer größeren Arbeitsintensität weist. Der Grundgedanke seiner Broschüre ist der, daß die deutsche Finanzreform den Widerstand im Ruhrgebiet verstärken soll. Wie stark die industriellen Presseorgane von einander abweichen, bezeugt jedoch, daß im Gegensatz zum Lokalanzeiger (Konzern Hungenberg) der das Helfferichsche Projekt bereits triumphieren läßt, die Deutsche Allgemeine Zeitung (Konzern Stinnes) erklärt, daß nur das Schema des Helfferichschen Projekts angenommen würde. Die Hauptsache jedoch, die Roggennote, zu Gunsten der von der Industrie befürworteten Goldnote ausgeschlossen wird.

Nach den Informationen der Deutschen Allgemeinen Zeitung wird dieses kombinierte Projekt Helfferich-Minnow morgen bereits vom Reichsministerium einer Prüfung unterzogen werden, während der Plan des Reichswirtschaftsrates in den Hintergrund gedrängt worden sein soll.

Das Währungsproblem.

Berlin, 8. Sept. Das deutsche Wirtschaftsparlament, der vorläufige Wirtschaftsrat, der bisher in seinen Beratungen, seinen Entschliessungen und in deren praktischer Auswirkung noch niemals gezeigt hat, ob sein Dasein eine Notwendigkeit darstellt oder nicht, beschäftigt sich seit einigen Tagen, wie es nicht anders zu erwarten war, in langandauernden Beratungen mit dem höchst fortgeschrittenen Währungszerfall. Nach der nunmehr am Abbruch seiner Beratungen gefassten Entschliessungen kann man sich nicht eines Vergleiches dieses Ausgangs mit dem des berühmten Hornberger Schießens erwehren. In dieser Entscheidung wird festgestellt, daß die Erhaltung eines wertbeständigen Zahlungsmittels nur möglich sei, wenn die Defizitwirtschaft des Reiches befristet werde, die Staatsausgaben möglichst beschränkt werden und für die Uebergangszeit zu einer neuen Währung seien Mittel durch eine neue Vermögensabgabe zu schaffen. Das neue wertbeständige Zahlungsmittel müsse auf der Grundlage eines Gold- und Devisenfonds geschaffen werden. Auch der dem immer schwieriger werdenden Währungsänderungsproblem Fernstehende wird sich fragen müssen, daß mit diesen Forderungen im wesentlichen nichts Neues gesagt worden. Schon der Reichsfinanzminister hat bei seiner Antrittsrede darauf hingewiesen, mit welcher ungeheuren Ausgaben, zu einem großen Teil auch für die Erhaltung der Privatwirtschaft, das Reich belastet sei und daß eine starke Anspannung aller vorhandenen Vermögensvermögen erfolgen müsse, um eine Bankerottklärung des Reiches zu vermeiden, und auch die anderen in dieser Entschliessung erwähnten Punkte sind in der Öffentlichkeit und in den Tageszeitungen in den letzten Tagen hinreichend erörtert worden, so daß wesentlich Neues mit ihr eigentlich nicht herausgekommen ist. Auch aus dieser durch die Tatsachen längst überholten Wirtschaftsparlamentsentscheidung bekommt man den Eindruck, daß der Worte nun genug gewechselt worden sind und es nun schnellstens zu Taten kommen müsse. Der in Vorschlag gebrachte frühere Entwaffnungskommissar Dr. Peters, dessen Ernennung zum Devisenablieferungskommissar bevorstand, hat die Annahme des Amtes abgelehnt. An seine Stelle ist der vortragende Rat im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Fellingner, nunmehr ernannt worden. Die Ablehnung des Amtes durch Dr. Peters ist bedauerlich denn die große Autorität, die er sich als Entwaffnungskommissar erworben hatte, wäre ihm für das neue Amt sicherlich zugute gekommen. Die zur Veröffentlichung kommenden Ausführungsbestimmungen zu der nunmehr erlassenen Notverordnung des Reichspräsidenten werden zeigen, wie die Regierung und der neue Reichskommissar Fellingner sich die Durchführung im Einzelnen denken.

Die Triebkraft der Hauffe.

Bezeichnende Vorgänge am Devisenmarkt.
Berlin, 7. Sept. Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die Triebkraft der Hauffe sowohl am Devisen- wie am Effektenmarkt, in der Inflation zu sehen war, die über das Rhein-

land ihre Einwirkung sowohl auf den internationalen Devisenmarkt wie auf die Berliner Börse ausübte, so wäre dieser Nachweis heute erbracht. Trotzdem das Kursniveau auf beiden Marktgebieten eine Verdoppelung erfuhr, waren schon im Börsenverlauf Anzeichen dafür zu bemerken, daß die zunehmende Geldverknappung zur Zurückhaltung mahnte und hier und da bereits auch Kursabbrüchungen zur Folge hatte, während im Nachmittags- und Abendverkehr besonders am Devisenmarkt bereits erhebliche Abschwäche zu verzeichnen waren. Der Dollar der amlich mit 53 Millionen notiert worden war und um 2 Uhr noch einen Kurs von 63,5 erreichte, erfuhr in den Nachmittagsstunden eine erhebliche Abschwächung bis auf ca. 45 Millionen Mark. Diese Abschwächung stand im Zusammenhang mit einer erheblichen Besserung der Mark im Auslande vor allem in New York, die teils auf deutsche Intervention, teils auch wohl auf markttechnische Momente zurückgeführt werden muß. Immerhin erscheint es zweifelhaft, ob dieser Rückgang hätte eintreten können, wenn nicht gleichzeitig eine bemerkbare Verteufung am deutschen Geldmarkt eingetreten wäre und gerade diese Erhöhung hängt eng mit der Inflation zusammen. Denn wenn auch die steigenden Kurse für Devisen und Effekten in manchen Fällen noch stärkere Mittel beansprucht haben, als dem Markte aus der Notenpresse zuzuführen, so ist der wesentliche Grund zweifellos darin zu sehen, daß die Reichsbanküberwindungen aus Rheinland und Westfalen mit außerordentlicher Verspätung hier eingingen. So bedauerlich diese Tatsache für viele Interessenten sein mag und so unendlich ein solcher Zustand an und für sich ist, so mag er doch begrüßt werden, weil er darlegt, daß tatsächlich die sog. „Berliner“ Hauffe zu einem guten Teil von den Geldüberwindungen des Rheinlandes und des besetzten Gebietes gespeist wird. Die Konsequenzen die daraus von einer tatkräftigen Regierung gezogen werden müßten, brauchen nicht erneut dargelegt zu werden.

„Berliner Nervenkrisen und Berliner Devisenkrisen.“

Ueber die Vorgänge, die in der obigen Meldung wie auch in unserem letzten Berliner Börsenbericht gekennzeichnet sind, spricht sich Georg Bernhard mit dankenswertem Mut in einem „Schluß“ betitelten Leitartikel der Vossischen Zeitung vom Donnerstag morgen aus.

Georg Bernhard erklärt, es müsse endlich einmal gesagt werden daß es an der Ruhr neben den Massen, die kämpfen und leiden doch auch nimmerfatte Ruhezugewinnende gibt, die von Berliner Nervenkrisen sprechen, wo sie eifrig am Werke sind, Berliner Devisenkrisen zu schaffen. Während durch die ungeheure Inflationswelle der letzten Monate im Lagen Zustände geschaffen worden sind, die sich in den nächsten Tagen in den schwersten Kracherscheinungen auslösen werden, mägen sich im Westen gewisse Personenkreise unter dem Schutz des Privilegs der Steuerbefreiung an immer neu gekauften Devisen, die sie mit den Milliarden zusammenhamstern, die ungehemmt von Berlin nach der Ruhr fließen. Auch an der getriebenen Börse ist wieder ein Berliner Bankhaus der größte Devisenkäufer gewesen dessen Zusammenhang mit einem bekannten Kölner Bankier mangellos bekannt ist. Unter dem Deckmantel der Kontrolllosigkeit der Abgabe von Ruhrgeldern bilden sich im besetzten Gebiet Zustände, heraus, deren Vertuschung ein Verbrechen wäre. Während das deutsche Volk gegen separatistischen französische Politik zu kämpfen sich mit der Hergebe seiner letzten wirtschaftlichen Lebenskraft abmüht, werden dort Separatisten großgezogen, die wahrscheinlich schon heute gar nicht mehr daran denken, einmal wieder geordneter deutscher Steuerpflicht und dem Zwang zur Devisenabgabe sich zu unterwerfen. Und diese Mundpatronen sind wahrscheinlich die eifrigsten Schüler, wenn es gilt, gegen Berliner Nervenkrisen zu gehen. Diesem Zustand muß die Regierung unweigerlich ein Ende machen. Sie muß deutlich das Gerede zurückweisen, als ob es sich um die Aufgabe des nationalen Kampfes handele.

Der Weg zum Weltfrieden.

Eine neue Rede des Reichskanzlers Stresemann.

Berlin, 7. Sept. Der Verein der ausländischen Presse veranstaltete gestern Abend im Hotel Adlon zu Ehren des Reichskanzlers Dr. Stresemann ein Abendessen, an dem verschiedene Mitglieder der Regierung und Ministerialbeamte teilnahmen. Nach einigen herzlichen Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden des Vereines der Vasa, nahm Dr. Stresemann, der mit Handeltatschen begrüßt wurde, das Wort, um zunächst für die freundliche Einladung zu danken. Er gedachte dann des Regierungsjubiläums der Königin von Holland und des schweren Erdbebenunglücks, von dem Japan betroffen wurde. Dann fuhr er fort:

Aus alter Zeit der Menschheit klingt ein Wort zu uns herüber aus dem alten Griechenland: „Vieles Gewaltige lebt, doch nichts ist gemaltiger als der Mensch!“ Wie klein kommt uns dieser Mensch vor, gemessen an dem Geschehen, das über Japan hereinbrochen ist. Vielleicht regt es den einen oder anderen an, sich zu erinnern, ob wir nicht angesichts dessen, was hier an Menschenwerk zerstört ist, wenigstens erhalten sollten alles Menschenwerk da, wo das Schicksal noch in unsere Hand gegeben ist. In einem sind wir Herr, unsere Schicksale, das ist das Verhältnis der Völker zu einander. Dieses Verhältnis der Völker, das auch durch das Erdbeben eines großen Krieges erschüttert worden ist, das aber heute uns noch seine Stöße fühlen läßt, wenn wir nicht in der Lage sind, Herr zu werden, der Beziehungen, die aus diesen großen Zerstörungen der Menschheit zurückgeblieben sind. Ich meine diejenigen würden sich irren, die glauben, daß wir in Zeiten ruhiger normaler Entwicklung leben. Mit dem Balkankrieg begann die große militärische Explosion eines Zeitalters, es führte zur Revolution und vor uns steht das Fragezeichen: Wann kommt nach Krieg und Revolution der Friede? Das Zeitalter, in dem wir leben, ist ein Zeitalter der Revolution, ein Zeitalter der sozialen Revolution. Nie wurde so in der Vergangenheit gerungen um die Gedanken der Staatsform

und der Staatsführung, nie haben die Klassen so miteinander gerungen. Wir sehen den Kampf, in dem eine Klasse versucht, allein zu regieren entgegen dem Gedanken, daß die Kultur der Völker nur aufbauen kann bei dem Zusammenwirken aller Klassen. Wir sehen den Kampf zwischen Demokratie und Aristokratie, wir sehen den Kampf zwischen dem Volksweltismus hier und hören den Ruf nach der Diktatur auf der anderen Seite. Dieses Zeitalter gleicht jenem, das Goethe in seinem letzten Gesang von Hermann und Dorothea besungen hat: „Wo der Besitz sich trennt vom alten Besitz, wo er davon spricht, daß die Grundgesetze sich lösen“ und die Frage aufwirft, ob auch der Deutsche dieser fürchterlichen Bewegung folgen wird. Der Kanzler erinnerte an die Gedanken, die er bei der Antrittsrede des Kanzleramts entwickelt hatte, und sagte: „Das deutsche Volk das unendlich viel auf sich genommen hat an Schmerz und Leiden wie kaum ein anderes Volk, hat ein Recht an seine große Vergangenheit zu denken. Schämten würde ich mich als Deutscher, wenn ich nicht stolz wäre auf die Vergangenheit. Wer mir zumutet, die große Vergangenheit meines Volkes zu schmähern, und ihre Größe nicht zuzugestehen, den würde ich ansehen als jemand, der mir zumutet, meine Eltern zu verleugnen und mich nicht dessen zu scheuen, was in meinem Blut in meiner Familie, an meinem Namen an Großem ist. Wenden Sie sich nicht an diejenigen, die keine Deutschen sind und keine Ehre im Leibe haben.“

Der Kanzler fuhr fort: Heute handle es sich für das deutsche Volk darum, ob es wirklich zum Frieden kommen kann oder ob für das deutsche Volk der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist.

Ich glaube, was ich über die Aufgabe des deutschen Volkes bei diesen gegenwärtigen Verhältnissen denke, klar ausgesprochen zu haben in der Erklärung des Kabinetts des Reichstages, in der Rede vor dem preussischen Industrie- und Handelstag und in der Rede in Stuttgart. Wenn ich noch einmal in diesem Augenblick auf Goethe hinweisen darf, so denke ich an ein Wort, das er einst in einem großen Kriege geschrieben hat, das Wort: „Des Epimeniden Erwachen“. Dort heißt es, „Nachgiebigkeit bei großem Willen“ — das möchte ich hinstellen als das Sinnbild der Politik, die ich zu führen habe. Nachgiebigkeit in allen materiellen Dingen! Nicht dadurch ist ein Volk groß, daß es reich und gealtert ist, daß es hungert und im Elend ist. „Groß ist ein Volk, durch die sittlichen Kräfte, die es aufbringt.“ Nachgiebigkeit in materiellen Dingen, aber Unnachgiebigkeit in der Verteidigung des deutschen Bodens, die nicht einen Stein vom deutschen Boden lassen wird. Diese Nachgiebigkeit auf der einen und die Unnachgiebigkeit auf der anderen Seite das ist die Politik, die ich will, zu der ich mich bekenne. Wenn Deutschland die Grenze, die ich zu mir ein Recht haben, die Souveränität, die uns verbürgt ist, bewahrt so wird es auch bereit sein, dasjenige zu leisten, was man billigerweise von uns verlangt. Wenn die Welt sich den Frieden wiedergeben wird, wenn sie sich klar darüber ist, daß es schließlich in dieser großen Zeit nicht nur geht um die Beziehungen von einem Volk zum anderen, sondern um die Idee, die mehr ist als Pflichten, um eine Idee europäischer Kultur, um die Idee der Menschheitsentwicklung, dann werden die Staatsmänner die ihre Zeit begreifen, sich auch schließlich, auch diesem großen Gedanken zuneigend, sich verpflichten fühlen, uns die Hand dazu bieten, den endgültigen Frieden zu schließen, zu dem wir bereit sind, den herbeizuführen auch als erste Aufgabe das Kabinett trachtet, das meinen Namen führt.

Eine neue deutsche Reparationsnote?

Paris, 9. Sept. In den Kreisen der hiesigen ausländischen Berichterstattung war das Gerücht verbreitet, Deutschland werde am Samstag (gestern) eine Note über die Reparationsfrage in Paris und Brüssel überreichen lassen. Am Quai d'Orsay wurde dieses Gerücht als falsch bezeichnet; man erklärte es jedoch für möglich, daß in der kommenden Woche Verhandlungen beginnen.

Eine englische Schwankung.

London, 6. Sept. Der dauernde Marktsturz findet in der englischen Öffentlichkeit nur geringes Interesse. Die City hat sich längst daran gewöhnt, von der „akademischen Mark“ zu sprechen, womit also gesagt sein soll, daß der Stand der deutschen Währung nur noch theoretische Bedeutung habe. Der „Economist“ und die übrigen Finanzblätter sind der Ansicht, daß die neuen Steuermaßnahmen des Reichstages zwecklos sind und daß ein Ausgleich des Budgets auf diesem Wege unmöglich ist. Ebenso glaubt der „Manchester Guardian“, daß der neue Marktsturz auch die letzte Hoffnung zerstört, die man vielleicht auf die neuen Finanzmaßnahmen setzen konnte. Interessant sind weiter die Ausführungen, die das liberale Blatt an diese Bemerkung knüpfte: Das Sinken der Mark sei nichts anderes als ein Beweis dafür, daß Deutschland sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, der Unterstützung des passiven Widerstandes ein Ende zu machen. Die Vorschläge Stresemanns in seiner letzten Rede seien nichts neues, da ähnliche Vorschläge bereits früher von Deutschland gemacht worden seien. Das neue sei nur daß Stresemann der erste Kanzler sei, der offen der Tatsache ins Auge sieht, zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Zerfall und einer Verständigung mit Frankreich zu wählen. Aber diese Wahl könnte nicht mehr länger aufgeschoben werden. Stresemann sei offenbar eifrig bemüht, die Basis für ein Kompromiß zu finden. Der „Manchester Guardian“ gehört bekanntlich zu denjenigen Blättern, die am lauteften die französische Ruhrpolitik verurteilten und ein Eingreifen Englands forderten. Es ist daher für die gegenwärtige Haltung der englischen Politik bezeichnend, mit welcher Selbstverständlichkeit dieses Blatt jetzt seinen bisherigen Standpunkt fallen läßt und den einzigen Ausweg in einer direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erblickt. Die Sorgen, die jetzt in einflussreichen englischen Kreisen hinsichtlich der Ruhrfrage im Vordergrund stehen, werden von der „Evening News“ kaltsblütig mit den Worten ausgedrückt: „Wann beteiligen wir uns?“

Besprechung mit den Abgeordneten des besetzten Gebietes.

Berlin, 7. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers hat gestern eine vom Reichsminister für die besetzten Gebiete einberufene Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite
Millimeter-Zeile 4 Gold-Pfg.
Familien-Anzeigen 3 Gold-Pfg.
Reklamen: Die 87 mm breite
Millimeter-Zeile 12 Gold-Pfg.
Anzeigen mit Dekadrefreie oder
Ankunft 10 Gold-Pfg. Sonderver-
gütung. Alle Preise freibleibend.
Grundchrift im Anzeigen- und
Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreduzierter
Rabatt, der bei Nichtzahlung inner-
halb 8 Tagen nach Rechnungs-
datum oder bei gerichtlicher Ver-
urteilung und bei Konkurs erlischt.
Platzreservierungen werden nicht an-
erkannt und für Aufnahmen an
bestimmten Tagen sowie für tele-
fonische Aufträge keine Gewähr
übernommen.
Anzeigen-Nachnahme bis 8 Uhr
vormittags; größere Anzeigen wollen
am Tage vorher aufgegeben werden.

über die gegenwärtige Lage stattgefunden. Die Aussprache, an der sich der Reichskanzler selbst sowie die an diesen Fragen besonders interessierten Reichsminister beteiligten, ergab völlige Einmütigkeit zwischen der Reichsregierung und Vertretern des abgesetzten Gebietes...

Der Versucher.

Der Direktor der Düsseldorf Reichsbankfiliale und eine Reihe von Vertretern der linksrheinischen Gemeinden wurden von der Rheinlandkommission nach Koblenz gebeten, um dort an einer Besprechung über das Notgeld teilzunehmen.

Der Tiefpunkt.

London, 7. Sept. Der Sekretär der internationalen Gewerkschaftsvereinigung Timmen gab gestern bei der Jahresversammlung der englischen Gewerkschaften einen Ueberblick über die Lage Europas wie sie sich unter dem Gesichtspunkt der Arbeiterschaft darstellt.

Ein amerikanischer Nothelfer.

London, 7. Sept. Reuter meldet aus Chicago: Der Schatzmeister des republikanisch-nationalen Ausschusses, Doham, der kürzlich aus Europa zurückgekehrt ist, beabsichtigt, Präsident Coolidge zu ersuchen, in die Entschädigungsschwierigkeiten einzutreten...

Ein Schweizer Verdammungsurteil.

Basel, 8. Sept. Bekannte schweizerische Abgeordnete und Juristen, verschiedene Offiziere, an ihrer Spitze der früher Generalstabchef Sprecher, und namhafte Universitätsprofessoren, wenden sich in einem bemerkenswerten Aufruf in scharfster Weise gegen die französisch-belgische Ruhrbesetzung.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Runkel.

Als die Tafel abgeräumt und man nach dem Garten gegangen war, um den Kaffee zu trinken, erinnerte Mag den Direktor daran, die Geschichte von Ritter und dem Grafen Löbau weiter zu erzählen.

ihren vermeintlichen Ansprüche die waffenlose andere Partei mit Kriegsmacht überzieht und der Sächsischen Regierung die Sächsischen Besitztümer unterstellt.

England und Frankreichs Gewaltpolitik.

Es wird angekündigt, daß die Reichsregierung einen besonderen Einspruch gegen die jüngste Gewalttat der Rheinlandkommission überreicht hat, die darin besteht, daß die Kommission für sich das Recht in Anspruch nimmt, Lücken in der deutschen Beamtenschaft des besetzten Gebietes, die von ihr selbst durch die Ausweisung, Vertreibung oder Einkerkelung von Beamten verursacht worden sind, durch Ernennungen aus eigener Machtvollkommenheit auszufüllen.

Französische Niederlage im Ruhrgebiet.

In den letzten Tagen hatten gewisse Nachrichten, die aus dem Ruhrgebiet vorlagen Anlaß zu dem Zweifel gegeben, ob die Arbeiterschaft in wichtigen Teilen der Industriezentren den Lockungen der Franzosen widerstehen würden.

Ein pfälzischer Aufruf gegen die Sonderbundsbewegung.

Ludwigshafen, 8. Sept. Gegen die Sonderbundsbewegung in der Pfalz wendet sich ein gemeinsamer Aufruf der pfälzischen politischen Parteien, der Bayerischen Volkspartei der Pfalz, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen und der Sozialdemokratischen Partei der Pfalz.

Rheinrufer spielen. Die Agenten von Smoets und Dorten versuchten neuerdings auf Plakaten, in Zeitungen und Flugblättern durch landesverräterische Versprechungen die Bevölkerung zum Beitritt in die „Rhein. rep. Volkspartei“ zu ködern...

600 Jahre Franzoseneinbruch.

Seit 600 Jahren sind die Franzosen unermüdtlich tätig, ein Stück Land nach dem anderen von der deutschen und der italienischen Westgrenze loszureißen, ihre Heere jenseits und zerstörend bis tief nach Deutschland eindringen zu lassen.

Der griechisch-italienische Konflikt.

Paris, 7. Sept. Havas meldet aus Genf, der Völkerbundsrat habe sich in dem griechisch-italienischen Streitfall für zuständig erklärt.

„Das ist doch unerhört.“ „Ja, aber Ritter ist eben ein ausgezeichnete Fortmann, im Ministerium sehr angesehen und sein Wort gilt mehr, als das des Grafen.“

jagen, eines so brutalen Mordes halte ich ihn nicht für fähig. Das ist doch furchtbar, mit kühlem Blut auf einen Gegner die Waffe abzubringen.“ „Und Wächter?“

Regierungen kein Zweifel über die Zuständigkeit des Völkerbundes besteht. Pranting-Schweden forderte dabei als einziger, daß ebenfalls eine schnelle Lösung der Frage der Räumung der von Italien besetzten Gebiete gefunden werden müsse. Hannover-Frankreich ging nicht auf die Kompetenzfrage ein, sondern verlangte Vertagung der Debatte und Weiterberatung in geheimer Sitzung. Die Tatsache, daß der Völkerbund sich für zuständig erklärt, scheint nach vorliegenden Berichten nicht gleichbedeutend zu sein mit der Absicht, in dem Streit eine Entscheidung zu treffen. Man will dies lieber der Völkerbunds-Konferenz in Paris überlassen und zieht es vor, keine Verantwortung zu übernehmen.

Die Regelung des italienisch-griechischen Konflikts.

Genf, 8. Sept. In den Kreisen des Völkerbundesrates betrachtet man den gestrigen Beschluß der Pariser Völkerbunds-Konferenz, der inhaltlich fast genau die Vorschläge wiederholt, die Quinones de Leon in der Donnerstags-Sitzung des Völkerbundesrates vorgebracht hatte, als eine endgültige Regelung des italienisch-griechischen Konflikts, die der Völkerbundsrat in seiner nächsten Sitzung im wesentlichen nur zur Kenntnis zu nehmen haben würde. Man sieht an den letzten Sätzen des Beschlusses der Völkerbunds-Konferenz eine klare Aufforderung an die italienische Regierung, die besetzten Inseln zu räumen, sobald die griechische Regierung die Annahme des Beschlusses der Konferenz erklärt haben wird. In einigen Kreisen ist man freilich skeptisch und darauf gefaßt, daß Mussolini erklären könnte, die Inseln blieben besetzt, bis Griechenland die Beschlüsse der Völkerbunds-Konferenz nicht nur anerkannt sondern auch durchgeführt haben wird. Indessen faßt man diese Eventualität einseitig nicht ernsthaft ins Auge, man erhofft vielmehr, auch in diesen Kreisen von der Einigkeit der italienischen Regierung daß sie zu ihrem Wort stehen und Korfu sowie die anderen Inseln baldmöglichst räumen werde. Sollte wider alles Erwarten die italienische Regierung nicht der Meinung sein, Korfu bereits nach der Anerkennung des Beschlusses der Völkerbunds-Konferenz räumen zu müssen, so wäre freilich für den Völkerbundsrat eine neue Lage gegeben, über die er dann in seiner nächsten Sitzung zu beschließen haben würde. Die nächste Sitzung des Rates wird wahrscheinlich Montag nachmittag stattfinden.

Die Verfolgung des Deutschtums in Italien.

Trient, 7. Sept. Die Blätter veröffentlichen eine Verordnung des Präfecten, derzufolge jeder Alpenverein aufgelöst wird, der nicht eine Sektion des Italienischen Alpenklubs bildet. Die Güter, sowohl die beweglichen wie auch die unbeweglichen, gehen mit allen Rechten und Pflichten in die Verwaltung des ital. Klubs über, der dem Präfecten innerhalb 4 Monaten geeignete Vorschläge hinsichtlich der Neubildung der aufgelösten Gesellschaften einzureichen hat. Diese Verordnung bedeutet eine neue Verfolgung des Deutschtums in Südtirol.

Annäherung Ungarns an die Kleine Entente.

Genf, 7. Sept. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen und der ungarische Außenminister Dr. Daruwan, hatten gestern abend mit dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch eine längere Unterredung, die alle zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen zum Gegenstand hatte. Die Unterredung, die die besten Ergebnisse zeitigte, wird in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden, in der besonders die Frage des finanziellen Wiederaufbaues Ungarns erörtert werden soll.

Die politischen Auswirkungen der japanischen Katastrophe.

Die furchtbare Katastrophe, die über Japan herabgebrochen ist und die zu den verheerendsten und gewaltigsten gehört, die das Menschengeschlecht je erlebt hat, wird auch auf die politische Machtstellung Japans und damit auf die politische Kräfteverteilung im fernem Osten überhaupt nicht ohne Einfluß bleiben. Die bisherigen Meldungen über die Katastrophe geben noch kein abschließendes Bild von ihrem Umfang und ihrer Größe aber trotzdem wird diese Seite des gewaltigen Naturereignisses im fernem Osten in den Hauptstädten der übrigen Großmächte bereits lebhaft erörtert. Von großer Bedeutung ist die Tatsache, die nach allen Meldungen doch festzustellen scheint, daß nämlich die japanische Industrie zum allergrößten Teil, wenn nicht gar voll zerstört worden ist, da sich unter den als untergegangen gemeldeten Städten die wichtigsten Industriezentren befanden. Diese Tatsache gibt dem Gedanken an eine Neuorientierung der Politik des fernem Ostens Raum. Die Pariser Journale beschäftigen sich in ihrer gestrigen Ausgabe ausführlich mit dieser Frage. Das Blatt führt aus, die ganze Welt werde die wirtschaftliche und politische Rückwirkung des Unglücks verspüren. Der Wiederaufbau des Landes werde die ganze Kraft des Landes beanspruchen. Die Folgeerscheinung werde eine Veränderung des Gleichgewichts der Welt und diese im fernem Osten von Amerika bis China von Australien bis nach Indien sein. Auch die Völker Europas würden bei der finanziellen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von einander die Wirkung dieser Veränderung spüren. Die Ver. Staaten dürften eine Erweiterung ihrer Macht erfahren. Hauptächlich das Schicksal Chinas werde sich ändern und zwar im Sinne einer unabhängigen Entwicklung. Wenn man sich auch diese Ausführungen nicht ganz zu eigen macht, so muß man ihnen doch, soweit sie die Ver. Staaten und China betreffen, zustimmen. Die große Auseinandersetzung zwischen den Ver. Staaten und Japan um die Vormachtstellung im Stillen Ozean, die über kurz oder lang zu erwarten war und die bei dem Stand der Rüstung beider Völker vielleicht nur nicht mehr so lange hätte auf sich warten lassen, ist durch das Unglück in weite Ferne gerückt, zumal angenommen wird, daß auch die japanische Flotte einen schweren Schlag erlitten haben dürfte. Man wird deshalb sehr wohl von einer Erweiterung der Macht der Ver. Staaten sprechen können. Ebenso bestimmt wird man bei der politischen Abhängigkeit, in der sich bisher das chinesische Reich von Japan befand, mit einer grundlegenden Veränderung des Schicksals Chinas rechnen können. In London sieht man die französischen Folgerungen aus der Katastrophe, wie sie in der Journale Industrie zum Ausdruck kommen, als zu weitgehend an. Immerhin ist die Frage der politischen Machtstellung Japans nach dem Unglück auch in London der Gegenstand lebhafter Erörterung. Wie gesagt, ein abschließendes Urteil über diese Frage ist bei den ungenauen und nicht nachprüfbareren Meldungen die vorläufig vorliegen, unmöglich. Die Katastrophe in Japan hat aber einmal gezeigt, wie schnell und erschütternd Menschenberechnungen und Menschenwerte überhaupt, selbst in Sachen der hohen Politik, durch die Naturgewalt über den Haufen gemworfen werden können.

Die japanische Regierung beherrscht wieder die Lage.

London, 7. Sept. Die japanische Regierung ergänzte ihren ersten amtlichen Bericht über den Umfang der Erdbebenkatastrophe gestern durch folgende Angaben: Im Bezirk von Tokio sind 30 000 Personen getötet und 100 000 verletzt worden, während 135 000 Obdachlose vorhanden sind. In Yokohama rechnet man mit rund 100 000 Toten und einer nur verhältnismäßig kleinen Zahl Verletzter und Überlebender. Gegenüber den, wie man annimmt, sehr übertriebenen amerikanischen Berichten: über eine Million Tote und 6 Millionen Obdachlose, wird übereinstimmend in englischen und japanischen Berichten, die seit Mittwoch abend in großer Zahl hier einlaufen die Höchstzahl der Toten und Verletzten auf

rund 400 000 Personen für das ganze betreffende Gebiet und die der Obdachlosen auf etwa 500 000 geschätzt. In Tokio sollen etwa 40 Ausländer, meist Engländer, in Yokohama etwa 100 Ausländer umgekommen sein. Die schweren Menschenverluste unter den Ausländern in Yokohama sind darauf zurückzuführen daß etwa 200 Fremde in einem Hotel ums Leben gekommen sind das von einer stellen Anhöhe buchstäblich durch das Erdbeben ins Meer gestürzt worden ist. Berichte von Reuter und von dem englischen Flottenchef vor Yokohama melden daß das Feuer am Montag erloschen ist und die Ruhe in beiden Städten wiederhergestellt war, sobald die Panik durch das Erschrecken der Flammen überwunden war. Die japanische Bevölkerung ertage Hunger, Obdachlosigkeit und Verlust ihrer Habfeligkeiten mit einer geradezu beispiellosen Ruhe und Würde, die die Bewunderung der Ausländer erregt. Die japanische Regierung sei vollständig Herr der Lage.

Die Zukunft des Deutschtums in Amerika.

In unseren Tagen des Wiederauflebens deutschen Stammes- und Kulturbewußtseins unter den so sehr zerstreuten Deutschen aller Länder interessiert uns besonders der amerikanische Kontinent, namentlich auch deshalb, weil er bestimmt zu sein scheint, Tausende und aber Tausende deutschlandmüder Reichsdeutscher als Siedler und Kaufleute, als Handarbeiter und geistige Arbeiter aufzunehmen. Werden sie wiederum, wie in früheren Jahrhunderten, als „Kulturbringer“ für fremde Staaten untergepflegt werden, oder haben sie auch eine Gegenwarts-möglichkeit, sich und ihren ihr Volkstum zu erhalten? Auf diese Fragen antwortet ein kleines Büchlein, das den bekannten Herausgeber des „Argentinischen Tageblatts“ in Buenos Aires, Theodor Almann, zum Verfasser hat. Es ist bemerkenswerterweise kein Reichsdeutscher, sondern ein Schweizer, der sich aber ganz zur deutschen Kultur- und Stammesgemeinde rechnet und der dieses Büchlein aus reicher Erfahrung heraus geschrieben hat. Die erste Auflage erschien in Buenos Aires während des Krieges und ist rasch ausverkauft gewesen, so daß sie in Deutschland nur wenig bekannt wurde. Es ist erfreulich, daß die zweite Auflage gerade in dem neu für diese Fragen interessierten Heimatland herauskommt. Sie hat sich nur in wenigem umstellen müssen; die grundlegenden Wahrheiten waren nicht zu ändern. Unter Deutschtum ist nicht nur das Reichsdeutschtum, sondern das völkische Deutschtum verstanden, das den Aufstiegsversuchen fremden Volkstums so geringen Widerstand entgegengesetzt hat. Deshalb vertritt Almann auch die Forderung, daß schon die Auswanderung systematischer geleitet, und mehr auf die Zukunft des Gesamtdeutschtums eingestellt werde, deshalb wünscht er eine gute und individuelle Auswandererberatung und eine zielbewusste Auswanderungspolitik. Politisch wird das Deutschtum seiner Ansicht nach nie als selbständige Gruppe zu retten sein, aber kulturell kann es trotzdem sich in Sprache und Sitte recht wohl erhalten und durchsetzen, wenn es vor allen Dingen eine gesunde Schulpolitik betreibt und Elementar-, Fortbildungs-, ja sogar auch eigene Hochschulen gründet. Auch im Siedlungswesen muß das alte überlebte kapitalistische System zugunsten moderner kapitalistisch und genossenschaftlich gemischter Gemeinheitsarbeit umgewandelt werden, wenn heutzutage Erfolge erzielt werden wollen. Almann erhofft vieles für seine Pläne von der reichsdeutschen kolonialen Arbeitsgemeinschaft und will die Deutschen zu einem friedlichen, kulturell führenden Weltvolk machen sehen, die Deutschen als Führer im Europäertum, nicht als Lehrer und Regenten, sondern als friedliche Diener der Menschheit. Das temperamentvoll geschriebene kleine Büchlein wird vielen Auswanderungslustigen und Freunden des Deutschtums eine wertvolle Hilfe und ein Wegweiser sein können.

Ein Beamten-Abbau-Gesetz.

Berlin, 8. Sept. Die Blätter veröffentlichen den Entwurf eines Gesetzes über den Beamten-abbau der sich gegenwärtig beim Reichsfinanzministerium in Vorbereitung befindet. Der Entwurf sieht die Fälle zur Beschleunigung des Beamten-Abbaues vor: 1. Bereinigung von Reichsbeamten über 65 Jahre in den Ruhestand. 2. Pensionierung von Reichsbeamten im Alter von über 60 Jahren. 3. Bei planmäßig abzubauenden Behörden wird die einstweilige Beförderung des Beamten in den Ruhestand erfolgen. 4. Freiwillig auscheidende lebenslanglich angestellte Beamte können, sofern sie für die Verwaltung entbehrlich sind, auf ihren Antrag aus dem Dienste ausscheiden. 5. An Beamte, die nicht lebenslanglich angestellt sind und entlassen werden können kann bei freiwilligem Ausscheiden eine Abfindungssumme gewährt werden, die für jedes geleistete Dienstjahr ungefähr ein Monatsentgelt beträgt, bei Beamten von 16 und mehr Dienstjahren aber den Betrag des 14fachen Monatsentgeltes. 6. Zuschüsse zu den Umzugskosten können in den Fällen 4 und 5 gewährt werden. 7. Auch den Verwaltungen der Länder kann bei ihrem Ausscheiden eine einmalige Abfindung gewährt werden. Ähnliche Maßnahmen sollen durch Reichsgesetz auch für die Länder als bindend erklärt werden.

Die Beamtenbezüge.

Berlin, 7. Sept. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit den Beamtenbezügen. Nach eingehender Debatte bewilligte der Ausschuß die Auszahlung der neueregelten Beamtenbezüge und Staatsarbeiterlöhne in dem Ausmaß, wie sie zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen vereinbart waren.

Die Stilllegung von Betrieben.

Berlin, 6. Sept. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe eruchte in einem Erlaß vom 4. September die Demobilisierungskommission, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Vorschriften der Stilllegungsverordnung vom 8. November 1920 seitens der Betriebsunternehmer sorgfältig eingehalten werden. Nötigenfalls sind die Unternehmer nachdrücklich darauf hinzuweisen daß eine Stilllegung des Betriebes ohne Erstattung der vorgeschriebenen Anzeige oder vor Ablauf der Sperrfrist ohne Zustimmung des Demobilisierungskommissars gerichtliche Bestrafung zur Folge hat.

„Die Billionen für die Beamten.“

Aus Kreisen des werktätigen Mittelstandes werden wir um Aufnahme folgender Ausführungen ersucht: Unter obiger Ueberschrift nahm in vorletzter Nummer der Beamtenbund Stellung zu einem vorausgegangenen Artikel gleicher Ueberschrift, in welchem die Mißwirtschaft des Staates hinsichtlich der vierteljährlichen Vorauszahlung der Beamtengehälter und die dadurch zunehmende Inflation kritisiert war. Man könnte über dieses Elaborat und den wahrheitslieblich der „Roten Fahne“ entdrücklichen als Kundgebung einer Organisation bezeichnet wäre. Mit fast unendlicher Geduld hat das werktätige Volk, der gewerbliche und geschäftliche Mittelstand bisher alle Vermögensverluste und Bedrückungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ertragen und ebenso Angriffe aller Art, die besonders in letzter Zeit auf ihn niedergingen. Nun endlich, da die Not am größten ist, fängt der Landgraf an, hart zu werden. Es gehört eine ungläubliche Dünkelhaftigkeit und Ignoranz dazu, vor die Öffentlichkeit hinzutreten und ihr zu sagen, nur die Beamten, Angestellten und Arbeiter hätten jahrelang fast allein die Einkommensteuer bezahlt, während

„der Besitz“, damit sind wohl alle nicht fest Besoldeten gemeint, es verstanden habe, die Steuern von sich abzuwälzen oder mit entwertetem Geld zu bezahlen, „der Besitz“, der auch keine andere Sorge gehabt habe, als die um seinen Geldsack. Setzt, da man die Sachwerte höher besteuern wolle, suchten dieselben Leute die Steuern zu sabotieren, die jahrelang aus der Inflation die größten Profite eingehemst hätten und darum eine feste Währung bekämpfen. Die bürgerliche Presse veranstaltete eine wüste Hege gegen die Beamten und suchte dieselben für die Inflation verantwortlich zu machen. Mit diesen Behauptungen werden die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt. Nicht die bürgerliche Presse allein, sondern die gesamte Presse, voran die sozialdemokratische, hat die Mißstände mit Recht kritisiert, die durch die Einführung der dreimonatlichen Vorauszahlung der Beamten sich ergeben haben, wie sie auch der Reichswirtschaftsminister v. Raumer im Reichswirtschaftsrat offen dargelegt hat. Und der linkssozialistische Finanzminister Dr. Hilferding hat diese Vorauszahlung bekämpft und ihre Abschaffung verlangt, weil sie nach seiner Begründung in ihren Folgeerscheinungen sich nachteilig für die gesamte Arbeiterschaft und das Wirtschaftsleben überhaupt auswirkten. Erst kürzlich hat der gewiß beamtenfreundliche Minister a. D. Reichstagsabg. Dietrich in Heidelberg festgestellt, daß die Beamten gegenwärtig keinen Grund zu klagen haben. Wohl seien sie schlechter bezahlt, als im Frieden, das seien alle anderen Stände aber auch. Wenn man aber die derzeitigen Verhältnisse in Betracht zieht, so stünden die Beamten mit an vorderer Stelle. Und er ermahnte die Beamten, ihre Forderungen nicht zu überspannen, denn sie müßten ein Interesse an der Erhaltung des Staates haben, mit dessen Zusammenbruch auch ihre Existenz vernichtet werde. Wohl zahlt der Beamte seine Einkommensteuer bei Heller und Pfennig, er hat aber auch sein Einkommen so, während die Erwerbstätigen nie wissen, ob ihre bilanzmäßig errechneten Gewinne vollwertig eingehen, denn wie oft waren ihre Ausstände beim Eingang völlig entwertet. Sie haben daher mehr als jeder andere Stand ein Interesse an einem wertbeständigen Zahlungsmittel. Dann hat der Beamte in seinen Pensionsverhältnissen, die steuerlich nicht in Betracht kommen, eine wertbeständige Altersversorgung. Die Altersversorgung der Erwerbstätigen dagegen, jahrzehntelange Ersparnisse, Lebensversicherungen usw. sind vernichtet. Von der Reihe der übrigen auf dem Mittelstand lastenden Steuern, die ein vielfaches der Einkommensteuer ausmachen, haben die meisten Beamten überhaupt keine Vorstellung. Auch lassen sich die Verbrauchsteuern nie ganz abwählen und welche verheerende Wirkung sie ausüben, zeigt am deutlichsten der Ruin des Wirtsgewerbes, der Tabakindustrie u. A. m. Die Scheingewinne, von denen man trotz Verlusten noch Wertzuwachssteuern erhoben hat, was später im Reichsfinanzministerium als Fehler erkannt worden ist, sind zerronnen. Dem Mittelstand ist heute unmöglich, seine nötigen Betriebsmittel aufzubringen; er ist ruiniert. Da hat er wohl ein Recht, angesichts der neuen, ungeheuerlichen Steuerbelastungen danach zu sehen, was mit den aus ihm herausgepreßten Geldern geschieht. Nie hat er sich dagegen ausgelehnt, Besitzteuern zu zahlen, soweit sie den Besitz erfassen oder den Gewinn während der Kriegszeit. Das, was aber jetzt gefordert wird, greift ihm an seine Existenz. Es ist ein blindes Wüten wie der Elefant im Porzellanladen gegenüber den jetzt wirtschaftlich schwächsten Existenzen. Bis jetzt sind wir vor dem Kampf aller gegen alle bewahrt geblieben. Der werktätige Mittelstand ist aber nicht mehr gewillt, als Freilock und Sündenbock dazustehen. Schon blüht ein Wetterleuchten durch Schuldscheine, massenhafte Betriebseinstellungen und die Ablehnung der Papiercheine als Zahlungsmittel beleuchten grell die Situation. Ein Ausbruch allgemeiner Verzweiflung droht mit der Gefahr der Vernichtung der übrig gebliebenen letzten spärlichen Werte unseres Wirtschaftslebens, unserer Kultur. Dann gibt es allerdings ein „blaues Wunder“ zu erleben, aber für das Beamtentum, und viele Beamten werden, ähnlich wie die militärischen bei Auflösung des Heeres, erst kennen lernen, was ein gewaltiger Unterschied ist, ob man am Gehaltsempfangstag sorgenlos und ohne Rücksicht auf die Leistungen nur eine hohle Hand zu machen braucht oder aber, wie der werktätige Mittelstand, in rastloser, sorgenvoller Arbeit täglich das Leben selbst erobert muß.

Baden.

Gegen den Steuerwahnfinn.

Der geschäftsführende Vorstand des Badischen Landbundes hat an den Reichsfinanzminister, den Badischen Herrn Finanzminister und den Präsidenten des Landesfinanzamts am 4. September folgendes Schreiben gerichtet: „Die von den Landeswirten geforderten Steuern sind für den größten Teil unserer Kleinbauern und die vielen kleinen ländlichen Rentner, die noch ein paar Morgen Land haben, einfach unerträglich. Bei den übrigen Landwirten, die aber nur einen kleinen Teil unserer badischen Bauernschaft ausmachen, wird die unerhörte Steuerbelastung katastrophale Folgen haben, da das Betriebskapital z. Teil direkt weggefeuert z. Teil indirekt durch Schuldscheine weggezogen wird. Die Produktion wird ganz erheblich vermindert werden. Baden ist auch insofern schwerer belastet, wie andere Länder (z. B. Bayern und Preußen), weil die grundlegende Steuerveranlagung in unserem Lande nach viel schärferen Grundlagen vor sich ging, als anderswo. Wir bitten daher, vorabstlich unserer sonstigen steuer- und wirtschaftspolitischen Stellungnahme zum mindesten dahin zu wirken, daß die Zahlungsstermine später geregelt werden, so spät, daß unsere überaus zahlreichen Tabaks-, Zuckerrüben-, Eichorien-, Wein und Obstbauern den Versuch machen können, ihre Steuern z. Teil aus dem Erlös der neuen Ernte zu bezahlen. Die Verhältnisse in Baden liegen in Baden eben ganz anders, wie in Norddeutschland, weshalb die Durchführung des Steuerprogramms in Baden unbedingt unseren Verhältnissen angepaßt werden muß. gez. Gebhard, Landesvorsitzender.“

Gleichzeitig mit der Absendung dieses Schreibens hat eine Kommission badischer Landbundabgeordneter bei den zuständigen Stellen des Landesfinanzamts und der badischen Regierung vorgesprochen und mündlich in gleichem Sinne gewarnt.

Aus Nah und Fern.

- * Sinzheimer, 10. Sept. (Dienstübernahme.) Der vom Gemeinderat ernannte Ratsschreiber Ph. Buhl aus Hornberg hat am 10. September seinen Dienst hier übernommen.
- * Sinzheimer, 9. Sept. (Frauenverein.) Am nächsten Mittwoch Abend wird in der Kinderschule ein Mütter-Abend abgehalten bei dem auch die Festsetzung eines zeitgemäßen Schulgeldes vorgenommen werden soll. Außer den Müttern der Schulkinder sind auch alle übrigen Frauen willkommen. — Am 30. September wird in Sinzheimer die Bezirksversammlung des Frauen-Vereins stattfinden, zu der eine Abordnung des Landesvereins erscheinen wird. Nähere Festsetzungen werden noch erfolgen.
- * Sinzheimer, 8. Sept. (Der Mißherzeugerpreis.) (Landesgrundpreis) für Baden, errechnet aus der Reichsbezugsziffer vom 3. September, beträgt für die Woche vom 10. bis 16. September 390 000 Mark pro Liter.
- * Sinzheimer, 8. Sept. (Die Metallpreise der Scheidemünze) richtet sich nach dem Dollarkurs, denn die Notierungen der Metallbörse folgen dem Dollar. Das wiewen die Altmetallhändler aber leider nicht das Publikum. Bei einem Dollarkurs von 17 Millionen kosten Aluminiummünzen: 200-Mark-Stück rund 6600, 3-Mark-Stück rund 13 400, 50-Pfg.-Stück rund 11 100, 1-Pfg.-Stück rund 5250 Mark; Nickelmünzen: 10-Pfg.-Stück rund 24 600, 5-Pfg.-Stück rund 16 500; Kupfermünzen: 2-Pfg.-Stück rund 18 750, 1-Pfg.-Stück rund

11 250; Eisenmünzen: 10 Pfg.-Stück rund 1725, 5 Pfg.-Stück rund 1200 Mark; Zinkmünzen 10 Pfg.-Stück rund 6450 Mark.

Sinsheim, 10. Septbr. (Einstellung der Zwangsanleihezeichnungen.) Infolge der Geldentwertung der letzten Zeit und der Steigerung der Börsenkurse für die Zwangsanleihe sind die Annahmestellen für die Zwangsanleihe vom Reichsministerium der Finanzen angewiesen worden, ab 8. September nachmittags Zeichnungen bis auf weiteres nicht mehr anzunehmen.

Rüben, 7. Sept. (Ratschreiberstelle.) Die in Erledigung gekommene Ratschreiberstelle wurde vom Gemeinderat Herrn Sekretär Mohr von Sulzfeld, a. St. bei der Stadtverwaltung Durlach, übertragen.

Heidelberg, 6. Sept. (Zur besseren Gemüseversorgung) hat der Stadtrat einen verstärkten Gemüseanbau auf den städtischen Gütern beschlossen, und zwar sollen auf den verschiedenen Gütern etwa 150 badische Morgen mit Gemüse und 50 Morgen mit Frühkartoffeln angepflanzt werden. Bei normalen Witterungsverhältnissen erwartet man daraus eine Ernte von etwa 12 000 Zentner Gemüse.

Leimen, 8. Sept. (Eine öffentliche Belobung) wurde vom Landeskommisär ausgesprochen dem Vorarbeiter Steinmann den Steinbrechern Joseph Sauerzapf und Rudolf Ping aus Leimen, die bei einem Unfall in einem Aufbruchschacht der Portlandzementwerke durch ihre rasche und unerschrockene Hilfeleistung von den Betroffenen schwere Folgen abwendet haben.

Mannheim, 6. Sept. (Ueber die billigen Mieten) angeht die katastrophale Geldentwertung veröffentlicht das „Neue Mannheimer Volksblatt“ eine ihm zugegangene Zuschrift: „Eine Mieterin in meinem Hause brachte mir am 1. September die Miete für den Monat August. Sie hatte für eine moderne Dreizimmerwohnung mit Badezimmer 95 000 Mark zu zahlen. Die Frau gab mir einen Stock Kopfsalat, auf den ich — man höre und staune! — noch 15 000 Mark herauszahlen mußte. Ein Stock Salat kostete vor dem Kriege 3 Goldpfennige. Ich glaube nicht, daß es noch einen Staat auf der Welt gibt, wo die Monatsmiete weniger als drei Goldpfennige beträgt. Woher sollen die Hausbesitzer, unter denen es so viele Witwen und Rentner gibt, die Millionen an Steuern hernehmen, die jetzt von ihnen verlangt werden? Für acht moderne Dreizimmerwohnungen nahm ich am 2. September an Miete 780 000 Mark (gleich 20 Goldpfennigen) ein, für die ich mir ein Viertelpfund Würst kaufen konnte. Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß man für die „Summe“ irgend welche Reparaturen ausführen lassen kann?“

Bruchsal, 7. Sept. (Kraichgauausstellung.) Die Volksernährung durch Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und der Kleintierzucht zu bessern, ist Aufgabe der Kraichgauausstellung, die vom 6. bis 8. Oktober ds. Js. in Bruchsal stattfindet. Die bereits eingegangenen Anmeldungen lassen erkennen, daß die Ausstellung eine große Bedeutung für das ganze Gebiet des Kraichgaus und des Bruchgaus erlangen wird. In mehreren Schulfächern werden alle Erzeugnisse des einheimischen Obst-, Garten- und Feldbaues von sachverständiger Hand aufgebaut. Die Obstverwertung wird einen breiten Raum einnehmen. Feld- und Gartengeräte der verschiedensten Arten, selbst Obstverfahrsgeräte dürfen nicht fehlen.

Karlsruhe, 7. Sept. (Die Presse.) Unter der Ueberschrift „Neuorientierung in der Presse“ bespricht der „Badische Beobachter“ die augenblickliche Notlage im deutschen und speziell im badischen Zeitungswesen. Das Blatt schreibt, die Presse macht soeben die kritischste Zeit durch, die sie in dieser ganzen krisenhaften Zeit erlebt hat. Viele Zeitungsverleger schwanken zwischen der Frage: sollen und können wir unser Blatt noch herausgeben, oder müssen wir es einstellen? Und viele Zeitungsleser fragen sich ebenso: kann ich mir noch weiter ein Blatt halten, oder muß ich es aufgeben? Eine Ueberzeugung bleibt allerdings allenthalben: Ohne Zeitung geht es in unserer Zeit nicht mehr. Ein völliges Ausbleiben der Zeitung wäre für unser Volk eine Katastrophe schlimmster Art. Erst dann würde man erfahren, daß die Zeitung

nicht bloß Nachrichten, Belehrung und Unterhaltung verbreitet, sondern auch einen Gemeinschaftsgeist darstellt, auf den man im öffentlichen Leben heute nicht mehr verzichten kann. Der geistige Verkehr von heute würde ohne Zeitungen in dieser Zeit nur zum Unheil führen, weil den schlimmsten Gerüchten ohne jede Kontrolle Tür und Tor geöffnet wären. Ein heillofes Chaos wäre die unvermeidliche Folge.

Wörzheim, 6. Sept. (Eine furchtbare Bluttat) ereignete sich heute früh 6 Uhr im Hause Sofienstraße 4. Die Eheleute Weiß, die in dem Hause wohnen, hatten als Untermieter den geschiedenen 45 Jahre alten Flickschuster Christian Hafner in ihrer Wohnung. Wegen verschiedenen Mißlichkeiten zu denen Hafner Anlaß gab, sollte dieser längst ausziehen und heute durch den Gerichtsvollzieher aus seinem Zimmer entfernt werden. Aus Wut darüber stürzte er sich heute früh mit dem Schustermesser im Hofe auf die Frau Weiß und verletzte ihr mehrere Stiche. Auf ihre Hilferufe eilten der Mann und ihre beiden Töchter herbei, die Hafner ebenfalls mit dem Messer traktierte bis er schließlich durch Herbeieilen der Nachbarn entwaffnet und der Polizei übergeben wurde, die ihn ins Gefängnis abführte. Die Verletzten fanden im Städt. Krankenhaus Aufnahme. Die Frau und die verheiratete Tochter Ida Klingmann schweben in Lebensgefahr.

Spergau, (b. Gernsbach), 8. Sept. (Strengung.) Das Haus des Nagelschmieds Wilh. Black ist von einem gewissen in dem Haus wohnenden Paul Fritz in die Luft gesprengt worden. Während der Nagelschmied vor dem Hause arbeitete, hob sich plötzlich das Dach des Hauses in die Höhe und gleich darauf stürzte das ganze Haus zusammen, das einen vollständigen Trümmerhaufen bildete. Die Frau des Fritz konnte aus dem zusammenstürzenden Haus herauspringen, während sich Fritz selbst vorher in Sicherheit gebracht hatte.

Hornberg, 8. Sept. (Messingdiebstahl.) Aus dem Neubau der Firma Schiele und Bruchsaler A.-G. wurden in der Nacht zum Freitag 171 Kilogramm Messing im Wert von 862 Millionen Mark gestohlen. Der Gendarmette ist es gelungen, der Täter habhaft zu werden und das gestohlene Material wieder herbeizuschaffen.

Teiberg, 8. Sept. (Betriebsbeschränkungen.) Infolge Mangels an Aufträgen sind die hiesigen Fabrikbetriebe zur Einschränkung der Arbeitszeit gezwungen. In einigen hat man die Arbeiter zum Teil gekündigt. Auch in Bruchsal haben die Betriebe für die nächsten Wochen Kutzarbeit angekündigt. Desgleichen haben die verschiedenen Werke in Gengenbach zum Teil Arbeiter entlassen, zum Teil den Betrieb eingeschränkt.

Neustadt i. d. Pfalz, 8. Sept. (Französische Mißhandlung.) Dieser Tage mußte hier auf dem Bahnhof ein Amerikaner und seine Schwester, beide Leute in vorgeschrittenem Alter von den Franzosen auf dem Bahnhof verhaftet, weil sie der amerikanischen Sitte entsprechend die Gleise überschreiten wollten. Sie wurden zu der französischen Bahnpolizei geschleppt und dort in grausamster Weise mißhandelt, weil die Franzosen sie für Deutsche hielten. Beide wurden geschlagen und getreten und erlitten dabei, der Mann und die Frau, sehr erhebliche Verletzungen. Die Amerikaner werden daraus ersehen, wie die Deutschen von den Franzosen behandelt werden.

Speyer, 8. Sept. (Ablicher Motorradunfall.) Mit dem Motorrad tödlich verunglückt, ist der Kaufmann Stahl aus Speyer, der mit seinem Motorrad nach Hagelsch fuhr um sich von seiner ausgewiesenen Schwiegermutter zu verabschieden. Bei der Heimfahrt fuhr er gegen ein Haus und zog sich durch den Sturz einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er gestorben ist.

Anklam, 7. Sept. (Schweres Autounglück.) Der Landwirt Ludwig Budde war mit seinem Sohn von Jieten kommend im Automobil auf der Fahrt nach Anklam begriffen, Am Kreuzweg der Chaussee, die sich bis nach Greifswalde

und Cassau teilt, überholte der Wagen ein Fuhrwerk, das auch auf der Fahrt nach Anklam begriffen war. 4 Kinder liefen hinter dem Fuhrwerk her. Das Auto überfuhr zunächst die 4 Kinder von denen 2 schwer verletzt wurden und rannte dann gegen das Fuhrwerk, das vollständig in Trümmer ging.

Paris, 8. Sept. (Großes Explosionsunglück.) Nach einer Meldung aus South Amboy (Newjersey) sind beim Abtransport von rauchlosem Pulver etwa 1000 Behälter explodiert wobei 14 Personen getötet und 27 verletzt worden sind, darunter 14 schwer. Automobile, die im Augenblick der Explosion vorüberfuhren, wurden umgestürzt. Die Flammen reichten bis ungefähr 100 Meter von der Unglücksstelle entfernt.

Turnen, Sport und Spiel.

1 Sinsheim, 10. Sept. Bei dem am 9. Sept. abgehaltenen Sportfest des Turn- und Sportvereins Steinsfurt gewann der Turnverein Sinsheim die 10 x 100 m Staffel mit 2:12 1/2 Min. vor Rappenaun und Sandhausen mit 25 m Vorsprung. Im Vierkampf errangen: Anton Söll den 3. Preis mit 77 Punkten (100 m in 12 Sek.; Weisprung 5,90 m); Heinrich Sorg den 4. Preis mit 74 Punkten (Kugelstoßen 8,75 m); Wilh. Braun den 10. Preis mit 58 Punkten; den 18. Preis mit 46 Punkten Martin Schrenk. Im Dreikampf der Jugendklasse A: den 2. Preis mit 58 Punkten Ludwig Hertel (100 m in 13 1/2 Sek., Kugelst. 9 m), den 4. Preis Hermann Stoll mit 55 P.; Heinrich Fehler den 8. Preis mit 48 P., Fritz Welker den 16. Preis mit 27 P. In der Jugendklasse B: Hans Maier den 3. Preis mit 56 P., Fr. Diefenbach den 9. Preis mit 47 P., Theod. Maier und Wolf Fischer den 15. Preis mit 38 P. Gut Heil den Siegern! Bericht über das Sportfest folgt in nächster Nummer.

Neueste amtliche Kurse

vom 7. September 1923.
Mitgeteilt von der Bankfirma Max Meyer, Filiale Sinsheim.
Anleihen:
5% Dtsch. Reichsanleihe 12000%
Dt. Sparprämienanleihe 90000%
Bankaktien:
Darmstädter Bank 90 000 000%
Deutsche Bank 110 000 000%
Dresdner Bank
Rhein. Creditbank
Südd. Discontoges. 35 000 000%
Industrieaktien:
Adlerwerke Kleyer 13 000 000%
Allgem. Elektr.-Ges. 60 000 000%
Bad. Anilin 210 000 000%
Chem. Griesheim 110 000 000%
Daimler Motoren 15 000 000%
Elektr. Licht u. Kraft 47 000 000%
Fuchs Waggon 30 000 000%
Heidelberg Cement 25 000 000%
Höchster Farben 185 000 000%
Karlsruher Masch. 40 000 000%
Knorr Heilbronn 30 000 000%
Neckar-Fahrzeugw.
Zellstoff Waldhof 60 000 000%
Zuckerfabr. Heilbr. 60 000 000%
Waghäufel 60 000 000%
Schiffahrtsaktien:
Hapag 305 000 000%
Nordd. Lloyd 88 000 000%
Freiverkehrswerte:
Benz Motoren
Germania Kerosin 72 000 000%
Gummierke Neckar 1 000 000%
Hohenlohe Nahrungsmittel 290 000 000%
Kaiser Otto 41 000 000%
Lauffener Cement 16 500 000%
Maschinenbau Heilbr. 16 000 000%
Saline Ludwigsst. 57 000 000%
Ufa 15 500 000%
Devisenkurse:
vom 8. Sept.
New-York 1 Dollar M. 60 150 000
Holland 1 Gulden " 23 415 250
Schweiz 1 Franc " 9 775 000
London 1 Pfund "
Paris 1 Franc " 3 340 000
Berliner Metallmarkt:
Elektrolytkupfer Mk.
Raffinadekupfer " 15 000 000
Hüttenweicheblei "
Zinn, Banca "
Hüttenrohst. "
für 1 Kilo.
Hamburger Metallmarkt:
Silber per Kilo Mk.
Gold in Barren p. Gr.
Platin per Gramm
Reichsbankdiskont 30%
Reichsbanklombard 31%
Goldfr. Fr. 20 = Mill. M.
Goldzollaufg. 129 019 900 v. H.
Goldkaufpreis 1 kg 640 D.
Silberkaufpreis 800 000 f.

Amthliche Bekanntmachungen.

- Nr. 69 Maul- und Klauenseuche betr. Die Seuche in Reidenstein und Reihen ist erloschen. Die Schutzmaßnahmen werden wieder aufgehoben. Sinsheim, den 7. September 1923. Bad. Bezirksamt.
Nr. 70 Kaminfegergebühren. Mit Wirkung vom 9. September 1923 sind infolge weiterer Erhöhung der Gehilfenslöhne die Kaminfegermeister berechtigt, die Grundgebühren im 627 340 fachen Betrag zu erheben. Es beträgt hiernach die Reinigungsgebühr für ein einstöckiges Kamin beispielsweise 627 340 mal 60 Pfg. Grundgebühr = 376 404 Mk., für jedes weitere Stockwerk mehr 627 340 mal 20 Pfg. = 125 468 Mk. Sinsheim, den 8. September 1923. Bad. Bezirksamt.
Nr. 71 Nachprüfung des Wertes der Sachbezüge (§ 160 Abs. 2 R. V. D.) betr. Auf Grund des § 160 Abs. 2 R. V. D. in der Fassung des § 5 des Gesetzes zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen in Verbindung mit § 16 der Verordnung, den Vollzug der Versicherungsordnung hinsichtlich der Krankenversicherung betr. vom 2. 6. 1913 (G. u. V. D. Bl. 1913 S. 441) und Abs. 4 Ziffer 1 des Erlasses des Herrn Arbeitsministers vom 28. 4. 23 Nr. 18 865 wird nach Anhörung des Bezirksamtes der im Bezirk befindlichen Krankenkassen und der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Wert der Sachbezüge der nach der Reichsversicherungsordnung verpflichteten Personen im Amtsbezirk Sinsheim mit Wirkung vom 1. 9. 1923 auf 1 300 000 Mk. täglich festgesetzt. Wegen der Verteilung der Beträge auf die einzelnen Wahlzeiten ic. gilt unsere Bekanntmachung vom 17. 2. 23. Sinsheim, den 7. September 1923. Bad. Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Landabgabe.

Von Betrieben, die dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, wird auf die Dauer von 6 Monaten eine am 1. jedes Monats, erstmals am 1. September 1923 fällige Abgabe erhoben. Sie beträgt für je 2000 Mark Wehrbeitragswert (Vermögenssteuerwert) eine und eine halbe Mark monatlich und ist in Gold zu entrichten, kann jedoch auch in deutschen Banknoten, Reichskassenscheinen und Darlehenskassenscheinen in dem um das Aufgeld erhöhten Betrage gezahlt werden. Welcher Betrag unter Berücksichtigung des Aufgeldes bei Zahlungen für je eine Mark in Gold in Papiermark zu entrichten ist, wird jedesmal für den Zeitraum einer Woche (Samstag bis mit Freitag) öffentlich bekannt gemacht. Für Zahlungen, die in der Zeit vom 8. bis mit 14. September geleistet werden, sind für je eine Mark in Gold 2 452 000 Papiermark zu entrichten. Abgabepflichtig ist der Eigentümer des Grundstücks. Uebt dieser den Betrieb nicht selbst aus, so ist die Abgabe vom Eigentümer und von dem, der den Betrieb ausübt (Pächter, Nutznießer odgl.), je zur Hälfte zu entrichten. Wo dieser Fall vorliegt, werden die Grundstückseigentümer ersucht, dies sofort dem Finanzamt, in dessen Bezirk die Grundstücke gelegen sind, unter Angabe von Gemarkung, Lagerbuchnummer, Kulturart und womöglich auch Flächenmaß sowie unter Bezeichnung der Pächter usw. der einzelnen Grundstücke, anzuzeigen. Wer diese übrigens in seinem eigenen

Interesse gelegene Anzeige unterläßt, kann durch Geldstrafen dazu angehalten werden. Auch ist jede Veränderung in der Person des Abgabepflichtigen (z. B. Verkauf, Verpachtung von Grundstücken) innerhalb einer Woche vom bisherigen Abgabepflichtigen dem Finanzamt anzuzeigen.

Die im Bezirke des unterzeichneten Finanzamts wohnenden Abgabepflichtigen haben die Abgabe unaufgefordert jedesmal bis zum Fälligkeitstage an die Kasse dieses Amtes zu entrichten. Bei bargeldloser Begleichung hat die Zahlung auf das Postcheckkonto Nr. 2133 Bankkonto Vereinsbank Sinsheim zu erfolgen. Bei verspäteter Zahlung sind — unbeschadet der einzuleitenden Zwangsvollstreckung — 5 v. H. jährliche Zinsen in Gold vom Tage der Fälligkeit bis zum Zahlungstage einschließlich zu entrichten.

Ein Steuerbescheid über die Höhe der Abgabe wird nicht erteilt. Die Abgabe wird bei landwirtschaftlichen Betrieben nicht erhoben, wenn die für ihre Berechnung maßgebenden Wehrbeitragswerte zusammen den Betrag von 4000 Mark nicht erreichen; für forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe (auch Wein- und Hopfenbau) ermäßigt sich diese Freigrenze auf 2000 Mark.

Hinterziehung der Abgabe und vorläufige Zuwanderhandlung gegen die Vorschriften des Gesetzes oder der Durchführungbestimmungen werden mit Gefängnis und hohen Geldstrafen geahndet. Sinsheim, den 7. September 1923. Finanzamt.

Zuchtschweinefleisch und Zuchtschweinefleischmarkt
Donnerstag, den 13. September ds. Js. vormittags 1/211 Uhr in Sinsheim a. d. Elsenz. Der Auftrieb muß um 9 Uhr beendet sein. Anmeldungen sind zu richten an Vet. Rat Römer, Sinsheim a. d. Elsenz.

Zu verkaufen:
Eine Obstpresse, bereits neu, (Größe: 5 Sack).
H. Rau, Steinsfurt.

Kopflinje mit Pfeffer
vernichtet verblüffend Goldgnist
doppelt stark, geruchlos, in Apotheken u. Drogerien

Wanzen! Fische! Ungeziefer!
radikal „Discret“! totet zu hab. bei A. Engel, Engel-Drogerie.

Dixin Henkel's Seifenpulver
Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

HAMBURG-AMERIKA LINIE
NACH
UNITED AMERICAN LINES INC
NACH
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Sinsheim: Hermann Betsch,
Hauptstr. 304. Telefon 127.

Leifsummoijon
Hornhaut, Schwielen und Warzen
belegt schnell, sicher, schmerz- und gefahrlos
Kukirol
Vorzüglich empfohlen. Millionenfach bewährt. — In Apotheken und Drogerien erhältlich. — Gegen Fußschweiß, Brennen und Bändlaufen Kukirol-Fußbad.
Drogerie A. Engel.

Frachtbriefe empfiehlt die
Gottlieb Becker'sche Buchdruckerei.

Kraichgau-Ausstellung Bruchsal
6.—8. Oktober 1923.
Garten- und Feldfrüchte, Obst- und Obstverwertung, Saatgut, Düngungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel, landwirtschaftliche Geräte u. Maschinen, Kaninchen, Geflügel, Ziegen etc.
Sonderausstellung Kraichgauer Künstler in der 1. Oktoberwoche im Bruchsaler Schloß.
Anmeldung von Ausstellungsgegenständen bis spätestens 20. September an die Geschäftsstelle der Kraichgau-Ausstellung Bruchsal Rathaus, Telefon 80—83.